

Leitfragen für das 5. Forum „Teilhabe statt Ausgrenzung“

1. Was ist passiert und welche Folgen hat es?

- Hat die Globalisierung die Kluft zwischen armen und reichen Ländern vertieft?
- Welche sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen begründen die ungerechte Reichumsverteilung der letzten Jahre?
- Warum haben sich Armut in Arbeit, Kinder- und Altersarmut in den letzten Jahren vergrößert?

2. Wer ist verantwortlich?

- Haben die EU und internationale Organisationen zu Ungleichheit beigetragen?
- Welche (Steuer-)Gesetze haben Ungleichheit und Armut vergrößert?
- Wie beeinflussen Arbeitgeber Geschlechterungleichheit?
- Wie und warum wird in Deutschland Bildungsarmut vererbt?

3. Welche Mittel sollten zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden?

- Wie setzen wir das „Verursacherprinzip“ gegen Politik und Wirtschaft national und international durch?
- Wie kann die internationale Politik vermeiden, dass die Krisenkosten insbesondere von sozial Benachteiligten und Armen getragen werden?
- Wie kann Armut (von Kindern und Alten oder Menschen in Arbeit) wirksam bekämpft werden?
- Mit welchen Mitteln und Instrumenten muss der gesellschaftliche Zusammenhalt solidarisch organisiert werden, damit Armut zurückgedrängt wird?

4. Wie verhindern wir neue Krisen?

- Kann Bildungspolitik überhaupt noch einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten?
- Welche gesetzlichen Maßnahmen sind notwendig, um Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren?
- Wie lässt sich Geschlechtergerechtigkeit herstellen?
- Wie können Länder des Südens Anteil am weltweiten Wohlstand erhalten?

1. Was ist passiert und welche Folgen hat die Krise?

Michael Hartmann:

Die derzeitige Wirtschaftskrise dürfte die schwerste seit dem Ende des 2. Weltkriegs sein. Sie markiert den Höhepunkt einer seit Anfang der 1980er Jahre andauernden Entwicklung, die durch eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in den meisten Ländern dieser Welt geprägt ist. Der Anteil des Gesamteinkommens, der auf das oberste Prozent der Einkommensbezieher entfällt, war in den USA niemals seit Beginn der Steuerstatistik 1913 so groß wie heute. Auch in Deutschland haben wir in den letzten 10 Jahren eine massive Verschärfung der Einkommensunterschiede erlebt. Sie fiel so stark aus wie in keinem anderen EU-Land. Parallel dazu ist die soziale Rekrutierung der politischen Eliten sowohl in Deutschland als auch in den USA deutlich exklusiver geworden und die Homogenität der Eliten insgesamt hat ebenfalls spürbar zugenommen. Der Nachwuchs von Bürger- und Großbürgertum, der oberen 3,5 Prozent der Bevölkerung, dominiert in allen Eliten, auch in der traditionell von Mittelschicht- und Arbeiterkindern geprägten politischen Elite. Die von den Eliten bestimmte Politik begünstigt dementsprechend auf allen Ebenen, von der Steuer- über die Wirtschafts- bis hin zur Bildungspolitik, die eigenen Herkunftsklassen. Das gilt auch für die zentralen EU-Organen. Die EU-Kommission, die EU-Generaldirektion und der Europäische Gerichtshof haben die Einkommensumverteilung von unten nach oben durch das Vorantreiben von Deregulierung und den Abbau von Arbeitnehmerrechten massiv unterstützt, und das weitgehend ohne demokratische Legitimation.

Hildegard Maria Nickel:

Neoliberalismus hat den Kapitalismus auf neue Weise entfesselt. Das hat soziale Konsequenzen, die sich in der Verschärfung internationaler und sozialer Ungleichheit zeigen. Es hat sich ein „neuer Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello) etabliert. Die fordistische Phase des Kapitalismus ist erodiert, der Postfordismus hat noch keine Form.

2. Wer ist verantwortlich?

Michael Hartmann:

Obwohl Krisen zum Kapitalismus zwangsläufig dazu gehören, werden der Umfang und die konkrete Form der Krisen ebenso wie die Verteilung der Krisenlasten von den jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bestimmt. Diese wiederum werden entscheidend beeinflusst durch die jeweiligen Eliten. Sie haben in den letzten knapp drei Jahrzehnten, beginnend mit den Regierungsübernahmen von Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA, eine Politik voran getrieben, in deren Zentrum die Deregulierung fast aller gesellschaftlichen Bereiche, die Umverteilung der Einkommen von unten nach oben, der Abbau von Arbeitnehmerrechten und die nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften standen. Das gilt auch für die Bundesrepublik. Unter der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder wurde eine Vielzahl von Gesetzen verabschiedet, die die Banken von vielen zuvor existierenden Regulierungen befreiten. Damit wurde das Entstehen der Finanzblase forciert und teilweise überhaupt erst ermöglicht. Die starke Aufblähung der Finanzmärkte wurde außerdem von der Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der Wohlhabenden und Reichen gefördert. Hier spielt die Senkung der Spitzensteuersätze für Privatpersonen und für Unternehmen eine zentrale Rolle. Gleichzeitig wurden mit der Agenda 2010 zahlreiche Regelungen zu Ungunsten der Beschäftigten verabschiedet. So wurde vor allem die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit drastisch reduziert und die Bildung eines Billiglohnsektors vorangetrieben. Die damit verbundene Verunsicherung und Angst hat wesentlich zur Schwächung der Gewerkschaften beigetragen. Schließlich ist auch die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur- und Vorsorgeleistungen vorangetrieben worden. Dieses Gesamtpaket von Maßnahmen ist für das Ausmaß der jetzigen Krise verantwortlich. So ist beispielsweise das rasante Wachstum der Hedge-Fonds und der Private Equity Gesellschaften ohne die starke Zunahme der hohen Einkommen und Vermögen oder die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorgesysteme nicht erklärbar.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Hildegard Maria Nickel:

Neoliberale Politik, die getragen wird von wirtschaftlichen und politischen Akteuren. Der Umbau des Sozialstaates zum Wettbewerbsstaat (EU und nationale Regierungen, vor allem auch Bundesregierung); Versagen einer wirksamen Kontrolle des Finanzkapitals; Spannungsverhältnis von sogen. Grundfreiheiten und sozialen Grundrechten ist einseitig zugunsten von „Grundfreiheiten“ aufgelöst worden; Verweigerung der Privatwirtschaft gegenüber einem Gesetz zur Gleichstellung von Frauen. Delegation von Sozialverantwortung an Staat und Familie.

3. Welche Mittel werden zur Krisenbekämpfung eingesetzt?

Michael Hartmann:

In den letzten Monaten wird von den meisten Politikern wortgewaltig Kritik an den „Auswüchsen“ des sog. „Kasinokapitalismus“ geübt. Es bleibt aber weitgehend bei allgemeinen Aussagen. Was man bei ihnen ebenso wie bei den Repräsentanten der Wirtschaft oder den meisten Journalisten vermisst, das ist eine deutliche Stellungnahme zur eigenen Rolle in diesem Prozess. So gut wie niemand übernimmt Verantwortung. Die Bundesregierung schweigt ebenso über ihre früheren Aktivitäten zur Förderung der Deregulierung wie die maßgeblichen Journalisten zur jahrelangen medialen Unterstützung dieser Entwicklung. Von Spitzenmanagern ist allenfalls vereinzelt leichte Kritik zu hören. Führende Bankvertreter wie Ackermann halten unbeirrt an den wesentlichen Elementen der bisherigen Politik fest. Konkrete Maßnahmen, die einen wirklichen Wandel signalisieren, bleiben denn auch konsequenterweise bislang weitgehend aus. Die entscheidenden Gremien wie der SoFFin wurden mit Anhängern der Deregulierungspolitik besetzt, ihre parlamentarische Kontrolle zugleich auf ein Minimum reduziert. Gesetzliche Regelungen fallen bestenfalls halbherzig aus. Eine angesichts der massiven finanziellen Unterstützung sinnvolle Verstaatlichung der Banken unterbleibt ebenso wie ein Verbot von riskanten und schädlichen Finanztransaktionen (wie etwa Leerverkäufen) und Finanzprodukten (wie etwa Zertifikaten). Stattdessen wird eine Bad Bank geplant, in die die privaten Banken ihre riskanten Wertpapiere auslagern können und deren Verluste von der SoFFin, d.h. letzten Endes der Bevölkerung, getragen werden sollen. Auch die von Bundesfinanzminister Steinbrück angekündigte verschärfte Kontrolle von Beziehern hoher Einkommen sieht eher nach Wahlkampfretorik aus als nach einer konkret geplanten Maßnahme. Von einer entscheidenden Veränderung oder gar Rücknahme der Hartz IV-Gesetze ist nicht einmal im Ansatz die Rede. Auch die politische Unterstützung für Public-Private-Partnership geht bislang weiter, wie erst jüngst eine Abstimmung im Bundestag gezeigt hat. Von einer generellen Abkehr von den Denk- und Handlungsmustern der vergangenen 20 Jahre ist bisher nicht viel zu sehen.

Hildegard Maria Nickel:

Staatlicherseits wird eine Umverteilung von unten nach oben zur Krisenbekämpfung durchgesetzt. Das muss aufgehoben werden.

4. Wie verhindern wir neue Krisen?

Michael Hartmann:

Krisen lassen sich im Kapitalismus nicht verhindern. Was man allerdings beeinflussen kann, sind ihr Ausmaß, ihr Verlauf und die Verteilung der Krisenlasten. Die Schlussfolgerungen aus der jetzigen Wirtschaftskrise können daher nur lauten:

1. Alle gesetzlichen Regelungen, die zum Ausbruch der Krise beigetragen haben, müssen rückgängig gemacht werden, und zwar auf allen Gebieten, nicht nur bei den Regeln für die Finanzmärkte.
2. Die Kosten für die staatlichen Maßnahmen gegen die Krise müssen in erster Linie von denen getragen werden, die von der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte profitiert haben.
3. Die Entscheidungen müssen für die Bevölkerung transparent getroffen werden und wirksamer parlamentarischer Kontrolle ohne Einschränkungen der Informationsweitergabe unterstehen.

Wichtiger als einzelne Maßnahmen, über die man im Detail sicher noch diskutieren muss, ist dabei die erkennbare Abkehr von den bislang dominierenden Denk- und Handlungsmustern. Da mit einer wirklichen Einsicht der herrschenden Eliten nicht zu rechnen ist, muss der öffentliche

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Druck erhöht werden, will man in dieser Hinsicht erfolgreich sein. Nicht an ihren Reden, sondern an ihren konkreten Handlungen muss die Politik gemessen werden.

Hildegard Maria Nickel:

Krisen sind nicht zu verhindern!

Dass Krisen besser zu überstehen sind:

- Schaffung von existenzsichernder Arbeit/Mindestlohn
- Flexicurity (Care- und Qualifizierungsbedürfnissen Rechnung tragen)
- Investition in Köpfe statt Beton, in intelligente Autos statt Benzinschlucker ...